

Verkehr: Initiativen besuchen Regierungspräsidium und fordern dort, den Riedbahn-Ausbau vorerst auszusetzen / Frist für Einwendungen läuft noch bis Dienstag

Fünf volle Ordner gegen Bahnlärm

20. Oktober 2017

Autor: Larissa Hamann



Besuch in Karlsruhe (v.l.): Holger Köppe, Gunther Mair und Martina Irmscher überreichen Thorsten Maiwald vom Regierungspräsidium Karlsruhe die Ordner mit den Einwänden.

1200 Einwendungen gegen den Ausbau der Riedbahn haben sie am frühen Mittwochmorgen eingepackt, um sie von Mannheim nach Karlsruhe ins Regierungspräsidium zu bringen: Martina Irmscher, Gunther Mair und Holger Köppe. Die drei vertreten die Bürgerinitiativen (BI) Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21 (IG BRN 21), Neuhermsheim ohne Bahnlärm und Gesundheit statt Bahnlärm in Mannheim (GESBIM).

In Karlsruhe angekommen übergeben die drei engagierten Mannheimer dem Regierungsdirektor des Referats für Planfeststellung Thorsten Maiwald fünf Ordner gefüllt mit den Einwendungen. Im Präsidium erfahren sie, dass dort rund 400 weitere Einwendungen eingetroffen sind, somit sind es insgesamt 1600. "Ich bin sowas von positiv überrascht, das ist wesentlich mehr als gedacht. Toll, was die Mannheimer da auf die Beine gestellt haben", sagte Irmscher nach der Übergabe. Sie sei sehr dankbar für die Beteiligung der Bürger.

Hoffnung auf Bahn-Rückzug

Die Deutsche Bahn hat einen Planfeststellungsantrag zum zweigleisigen Ausbau der östlichen Riedbahn eingereicht (wir berichteten). Dieser liegt seit 10. Oktober vier Wochen öffentlich einsehbar im Technischen Rathaus aus. Seit der ersten Veröffentlichung der Pläne haben die Mannheimer sechs Wochen Zeit ihre Einwendungen zu formulieren und beim Präsidium einzureichen. Diese Frist endet am 24. Oktober.

Grund der Einwendungen und des Engagements der Bürgerinitiativen ist, dass die östliche Riedbahn so ausgebaut werden soll, so dass sie wieder wie früher zweigleisig befahrbar ist. Der Ausbau der Riedbahn macht jedoch nicht nur mehr S-Bahnfahrten möglich, die Bürger befürchten, dass auch mehr Güterzüge

Mannheim durchfahren werden und für einen erheblich höheren Lärmpegel sorgen. "Wir wollen, dass die S-Bahn kommt aber ohne die Lärmzunahme durch Güterzüge", sagt Martina Irmscher.

Die Bahn plant, bis 2025 anstatt der jetzigen 86 Güterzüge 156 pro Tag über die Riedbahn zu schicken. Diese Sorge ist jedoch nur Teil eines größeren Problems. Durch die geplante ICE-Strecke zwischen Karlsruhe, Mannheim und Frankfurt, die Auswirkungen auf die Riedbahn-Strecke haben würde, werden ohnehin schon mehr Züge und auch mehr Güterverkehr durch Mannheim geleitet. Das sorgt für mehr Lärmbelastung. Die Bürgerinitiativen fordern nun, dass das Verfahren pausiert wird. "Unser Ziel ist, dass die Bahn den Einwendungswunsch der Stadt Mannheim aufnimmt und dass das Verfahren auf Eis gelegt wird, bis ein Gesamtkonzept steht", so Mair. Denn auch die Stadtverwaltung fordert, dass der Ausbau verschoben wird, bis es ein Gesamtkonzept darüber gibt, auf welchem Weg der Verkehr, insbesondere Güterzüge, durch Mannheim fahren. Mögliche Lösungen wären ein Tunnel oder Umfahrungen für Güterzüge. Auch die Stadt hat darum eine Einwendung beim Regierungspräsidium eingereicht.

Wie geht es weiter?

Das Referat für Planfeststellung wird die Einwände noch bis Dienstag sammeln und dann sichten. Sobald das Material ausgewertet wurde, wird ein Erörterungstermin anberaumt. Daran können alle, die Einwände erhoben haben, und die Bahn, teilzunehmen. Ein Termin dafür steht noch nicht fest.

Die BIs hoffen zudem, dass die Bahn ihr Vorhaben vorerst von sich aus pausiert. "Mit der relativ hohen Zahl der Einwendungen der Bürger selbst, zusammen mit der Einwendung der Stadt Mannheim ist ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir hoffen, dass die Bahn die Zeichen auf gute Zusammenarbeit erkennt", sagte Gunther Mair gestern. Lenkt die Bahn nicht ein, dann muss das Eisenbahn-Bundesamt versuchen, allen Interessen gerecht zu werden.